

Die Kommunistische Partei Chiles und das Plebiszit von 1980

Vicente Pons Martí¹

Chile befindet sich seit Sommer 2019 inmitten der stärksten sozialen Proteste seit dem Ende der Pinochet-Diktatur vor 30 Jahren. Eine der Hauptforderungen der Demonstranten ist es, die aktuelle Verfassung, die 1980 während der Pinochet-Diktatur beschlossen wurde, durch eine neue zu ersetzen. Regierung und Opposition haben sich deshalb am 15.11.2019 darauf geeinigt, auf diese Forderung einzugehen. Wichtiger Bestandteil der Vereinbarung ist ein Plebiszit im April 2020, bei dem die Bevölkerung darüber entscheidet, ob eine neue Verfassung von der Mehrheit gewünscht ist.

Die aktuelle Verfassung wurde interessanterweise ebenfalls mithilfe eines Plebiszits angenommen. Dieses Plebiszit erfüllte jedoch keine demokratischen Mindestanforderungen und wurde auf nationaler und internationaler Ebene stark kritisiert. Parteien waren verboten und Wahlkundgebungen stark eingeschränkt. Trotz dieser Beschränkungen spielten die Parteien im Untergrund eine wichtige Rolle und übten, nebst anderen Organisationen wie der Kirche, einen großen Einfluss auf die Öffentlichkeit aus.

Die Kommunistische Partei Chiles (PCCh) hob sich während der Diktatur von den anderen demokratischen Parteien in Chile besonders ab, da sie nach dem Sturz der demokratischen Regierung der *Unidad Popular* (UP)² durch einen Militärputsch und der darauf folgenden Pinochet-Diktatur zu den am stärksten verfolgten Parteien gehörte und 1980 als Anführerin des linken Lagers einen wichtigen Einfluss auf die politische Linie der linken Parteien ausübte. Im Jahr 1980 sprach sich die PCCh zunächst gegen die Teilnahme der Bevölkerung am Plebiszit aus. Im weiteren Verlauf änderte sich die politische Linie der PCCh jedoch und sie versuchte, die Bevölkerung zu mobilisieren und zur Ablehnung der Verfassung zu bewegen. Worin liegt dieser Wandel der politischen Linie im Angesicht des bevorstehenden

Plebiszits begründet? Wie veränderte das Plebiszit die weitere politische Arbeit der Partei in den folgenden Jahren der Diktatur?

Aus Anlass der aktuellen Entwicklungen in Chile und des 40-jährigen Jubiläums der Abhaltung des Plebiszits ist eine Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis von Bedeutung. Im folgenden Artikel wird dieses Thema anhand einer Analyse der Strategie der PCCh während des Plebiszits von 1980 beleuchtet. Zunächst soll die politische Linie und Strategie der PCCh bis zur Abhaltung des Plebiszits näher betrachtet werden, um in einem zweiten Schritt die Veränderungen dieser Linie im Angesicht des Plebiszits vorzustellen und zu erklären. Abschließend werden die Gründe für die Veränderungen erläutert.

Die Analyse der Strategie der PCCh wird anhand von offiziellen Dokumenten der Partei und ihrer führenden Mitglieder durchgeführt. Bei den untersuchten Dokumenten handelt es sich zum Großteil um Beiträge, die in der in Moskau erschienenen partei-internen Zeitung *Boletín del Exterior*³ (*Boletín*) veröffentlicht wurden. Trotz der Veröffentlichung der Beiträge im Ausland fand sie ihren Weg nach Chile. Viele der Stellungnahmen und Erklärungen erschienen ab 1978 in der Oppositionspresse oder in Form von Flugblättern und können u.a. im Museum der Erinnerung und Menschenrechte in Chile eingesehen werden.⁴ Auf Grund der ausgezeichneten Qualität der zugänglichen Kopien sind für diesen Beitrag die Dokumente des *Boletín* benutzt worden. Bei der Verwendung des *Boletín* als Quellenkorpus müssen jedoch mehrere Faktoren beachtet werden. Der *Boletín* verfolgte nicht den Anspruch, alle von der PCCh und ihren Mitgliedern produzierten Artikel und Stellungnahmen zu veröffentlichen. Darüber hinaus befand sich der *Boletín* unter der Kontrolle der Exilführung in Moskau. Im Laufe der Diktatur kam es zwischen dem *Equipo de Dirección Interior* (EDI), der Untergrundführung der Partei in Chile, und der Exilführung in Moskau zu Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der Partei, auf die im weiteren Verlauf des Artikels genauer eingegangen wird. Diese Auseinandersetzungen wurden parteiintern ausgetragen und tauchen deshalb nicht explizit im *Boletín* auf. Es muss aber dennoch beachtet werden, dass die Herausgeber in Moskau eine Auswahl der zu veröffentlichenden Dokumente trafen und dabei diejenigen Artikel, die ihrer Meinung entsprachen, eher in Be-

¹ Vicente Pons Martí, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Soziologie und Staatstheorie, Prof. Dr. Jens Borchert, Goethe-Universität Frankfurt, und in einem DFG-Projekt zur Wahrnehmung politischer Parteien in Deutschland und England im Laufe des 19. Jahrhunderts.

² Die UP war ein Wahlbündnis der linken Parteien in Chile, unter Beteiligung der PCCh und der Sozialistischen Partei, die 1970 die Wahlen gewann und unter Salvador Allende bis zum Militärputsch eine Regierung bildete.

³ In den Fußnoten wird der *Boletín del Exterior* als BE abgekürzt.

⁴ Die Recherchen fanden im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes im Museum statt. Ich danke dem Museum und den Mitarbeitern für die Unterstützung.

tracht zogen. Trotz dieser Einschränkungen des Quellenkorpus erschienen im Boletín die wichtigsten Dokumente der PCCh während der Diktatur, z.B. Stellungnahmen, Interviews oder Berichte, die als wichtige und inhaltvolle Quellen für den vorliegenden Beitrag verwendet werden.

Bei der Analyse der Stellungnahmen und Erklärungen der PCCh muss darüber hinaus beachtet werden, in welcher Situation sie verfasst und verbreitet wurden. Die Untergrundführung in Chile und die Exilführung in Moskau hatten zwar sporadisch Kontakt, jedoch war dieser schwer herzustellen und bspw. nach der Krise des Jahres 1976, bei der zwei aufeinanderfolgende Untergrundführungen durch das Regime ermordet wurden, für längere Zeit unterbrochen. Die Stellungnahmen wurden dabei von verschiedenen Personen verfasst und besitzen demnach auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Für diesen Beitrag sind vorwiegend Dokumente ausgewählt worden, die die politische Linie der Partei zur Überwindung der Diktatur behandelten und das Plebiszit zum Thema hatten. Auf Grund des Untergrundcharakters der Stellungnahmen und der erschwerten Verteilung der Dokumente in der Bevölkerung kommt es in diesen oft zu Wiederholungen über die Situation Chiles während der Diktatur und zu Rückbeziehung auf frühere Stellungnahmen der Partei. Im Folgenden werden deshalb besonders neue Argumentationslinien und Überlegungen hervorgehoben. Der Bezug auf wiederkehrende Punkte kann aber nicht vollständig vermieden werden.

In den Jahren vor dem Plebiszit von 1980 sah sich die PCCh, ebenso wie die restlichen Parteien der UP, der Verfolgung durch das Regime – insbesondere durch die Geheimdienste⁵ – und einem Ausschluss aus dem demokratischen Willensbildungsprozess der chilenischen Gesellschaft ausgesetzt. In diesem Zeitraum war die PCCh zunächst damit beschäftigt, ihre Strukturen im Untergrund aufzubauen und zu stabilisieren, um damit das Überleben der Partei zu sichern. Dementsprechend fehlten ihr die Kapazitäten, um einen aktiven Widerstand gegen das Regime zu organisieren. Trotzdem hatte die Führung der Partei eine allgemeine politische Linie zur Überwindung der Diktatur herausgearbeitet, die im Wesentlichen bis 1980 Bestand hatte. Grundlage dieser politischen Linie war es, ein Bündnis mit den demokratischen Kräften und eine sofortige Rückkehr zur Demokratie zu erreichen.

⁵ Nach dem Militärputsch wurde von der Junta Militar der Geheimdienst *Dirección de Inteligencia Nacional* (DINA) gegründet. Dieser wurde 1977 durch die *Central Nacional de Informaciones* (CNI; 1977-1990) ersetzt.

Die politische Linie der PCCh vor dem Plebiszit

Das erste Dokument, das für die Analyse der Strategie und Vorgehensweise der Kommunistischen Partei herangezogen wird, ist das „Manifesto al Pueblo de Chile“.⁶ Es wurde im August 1975 in Chile verbreitet und legte die Grundlage für den kommunistischen Diskurs der folgenden Jahre. Zu Beginn des Manifests wurde die wirtschaftliche Lage des Landes und deren Auswirkung auf die Bevölkerung, die durch die Reformen im Zusammenhang mit der von den Chicago Boys durchgeführten Schocktherapie ausgelöst wurde, beschrieben. Diese Reformen würden der Junta zufolge Opfer von allen sozialen Schichten abverlangen. In den Augen der PCCh waren sie stattdessen auf die Profitsteigerung einer kleinen Minderheit der nationalen und internationalen Monopole, u.a. der Finanz- und Bankenbranche, der großen Import- und Exportgesellschaften und der Großgrundbesitzer zugeschnitten. Die Mehrheit der Bevölkerung würde hingegen darunter leiden.⁷ Aus Sicht der PCCh hätte diese Politik des Regimes zusammen mit den von der DINA begangenen Menschenrechtsverletzungen zu einer immer stärker werdenden Ablehnung durch eine große Mehrheit der Bevölkerung und einer internationalen Isolation des Regimes geführt.⁸

Die generierte nationale und internationale Ablehnung der Militärdiktatur reichte jedoch nicht aus, um eine Überwindung des Regimes zu erreichen. Neben einer Mobilisierung der Massen sah die PCCh vor allem eine breite Einheit der gesellschaftlichen Kräfte als notwendig an. Die Bildung einer antifaschistischen Union war demnach das vorrangige Ziel der PCCh, um das Regime zu stürzen. Diese „[...] unidad antifascista [...]“⁹ sollte auf der Grundlage der Parteien der UP aufgebaut und auf alle gesellschaftlichen Kräfte ausgeweitet werden, die das Regime ablehnten, darunter auch die Mitte-Partei *Democracia Cristiana* (DC).

Die DC hatte die Politik der UP während der Regierung Allendes abgelehnt. Zu Beginn des Putsches 1973 hatte es in deren Reihen sogar Befürworter gegeben. Um die DC trotzdem zu einer Zusammenarbeit zu bewegen, rückte die PCCh zugunsten des Sturzes Pinochets zunächst davon ab, ein sozialisti-

⁶ PCCh: Manifesto al Pueblo de Chile. Agosto 1975.

⁷ Vgl. ebd., S. 2.

⁸ Vgl. ebd., S. 3-4; Álvarez Vallejos, Rolando: Desde las sombras. Una historia de la clandestinidad comunista. (1973-1980). Santiago de Chile 1980. S. 127, 128.

⁹ PCCh: Manifesto 1975. S. 7. Übers.: „[...] antifaschistische Union [...]“.

ches System errichten zu wollen und beschrieb auf den letzten drei Seiten des Manifests die Eckpfeiler des von der *unidad antifascista* zu erreichenden Systems. Es sollte sich dabei um einen vollkommen demokratischen Staat handeln, der „[...] los derechos humanos básicos, las libertades políticas y sociales del pueblo chileno [...]“¹⁰ gewährleisten sollte.

Diese Vorgehensweise im Kampf gegen das Regime wurde von der Führung der PCCh in den darauffolgenden Jahren fortgeführt und in mehreren öffentlichen Erklärungen der Partei ausgebaut. Dabei spielte die Bildung der *unidad antifascista*, bestehend aus den Parteien der UP und den restlichen Oppositionsparteien, eine herausragende Rolle. In erster Linie sollte dabei die DC als größte gemäßigte Oppositionspartei zur Zusammenarbeit bewegt werden. Kaum eine Erklärung wurde ohne den Hinweis auf die Bedeutung eines solchen Bündnisses oder der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte verfasst.

Da die DC aber nicht bereit war, mit der UP und der PCCh zusammenzuarbeiten, wurde in mehreren Stellungnahmen versucht, eine Annäherung an die DC zu vollbringen und dadurch die Beziehung zur DC zu normalisieren. In einer Erklärung wurde bspw. die 1976 erfolgte Exilierung von zwei Mitgliedern der DC, die vom Regime auf Grund ihrer Arbeit als Rechtsanwälte im Bereich der Menschenrechte des Landes verwiesen wurden, als Angriff auf alle demokratischen Kräfte kritisiert und zur Überwindung des Regimes zur Zusammenarbeit aufgerufen.¹¹

Auch auf das endgültige Verbot der nicht-marxistischen Parteien Anfang 1977, durch welches schließlich auch die DC verboten wurde, reagierte die PCCh mit einem offenen Brief, indem sie die Verletzung der Menschenrechte durch das Regime anprangerte und der DC ihre Unterstützung und erneut die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Militärdiktatur anbot.¹² Darüber hinaus wurde dies in einer weiteren Erklärung des Generalsekretärs der Partei, Luis Corvalán, thematisiert. In dieser Erklärung kritisierte Corvalán die Menschenrechtsverletzungen durch das Regime, das Verbot der restlichen Oppositionspartei-

en und die repressive Wirtschaftspolitik, die Hunger und Leid für die große Mehrheit verursacht hätte.¹³

Neben solchen kurzen Stellungnahmen zu bestimmten Themen, die meist nicht länger als drei Seiten waren, und in denen neben der Notwendigkeit einer *unidad antifascista* meist auch auf die Menschenrechtsverletzungen durch das Regime hingewiesen wurde, wurden von Zeit zu Zeit längere Erklärungen veröffentlicht, mit denen die politische Linie der Kommunistischen Partei offengelegt werden sollte. Ein Beispiel für eine solche längere Erklärung stammt vom September 1976. Nachdem die Partei zunächst ihre Strukturen trotz der Verfolgung durch das Pinochet-Regime stabilisieren konnte, musste sie in diesem Jahr Morde an zwei aufeinanderfolgenden Untergrundführungen verkraften und befand sich in der bis dahin kritischsten Situation für das Überleben der Partei.¹⁴

Trotz dieses harten Rückschlags der Partei im Kampf gegen das Regime und die immer noch vorhandene Weigerung der DC, sich an einer *unidad antifascista* zu beteiligen, wurde diese Strategie der Annäherung fortgeführt und in der Erklärung schon im Titel „Patriotas: ¡Solo unidos derrotaremos al fascismo!“¹⁵ benannt. Nach der Zusammenfassung der vorherrschenden Situation in Chile, die mit einer Kritik an der Wirtschaftspolitik, Menschenrechtsverletzungen und politischen Situation verbunden war, wurde in mehreren Absätzen der Erklärung auf die demokratische Tradition Chiles hingewiesen. Dabei wurden nicht nur die von den linken Parteien erreichten Meilensteine erwähnt, sondern auch explizit die Regierungen der DC, durch deren Politik „[...] contribuyo a que millones de campesinos y pobladores de ambos sexos, se sintieran ciudadanos chilenos“¹⁶, gelobt. Damit sollte einerseits der DC und andererseits den eigenen Anhängern die Gemeinsam-

¹⁰ Ebd. S. 8, 9. Übers.: „[...] den elementaren Menschenrechten, politischen und sozialen Freiheiten des chilenischen Volkes [...]“; vgl. Furci, Carmelo: The Chilean Communist Party and its Third Underground Period, 1973-1980. In: Bulletin of Latin American Research 2, 1 (1981). S. 81-95.

¹¹ Vgl. PCCh: Declaración del Coordinador Exterior del Partido Comunista de Chile. 09.08.1976, Santiago. In: BE 19 (1976). S. 62-63. Hier S. 63.

¹² Vgl. PCCh: Carta del Partido Comunista a la Democracia Cristiana. BE 24 (1977). S. 102.

¹³ Vgl. Corvalán, Luis: El Partido Comunista de Chile llama a abrir paso a una salida democrática. In: Boletín del Exterior 23 (1977). S. 79-81. Hier S. 80; Garretón, Manuel: Political Processes in an Authoritarian Regime. The Dynamics of Institutionalization and Opposition in Chile, 1973-1980. In: Valenzuela, Samuel/Valenzuela, Arturo (Hg.): Military Rule in Chile. Dictatorship and Oppositions. London 1987. S. 144-183. Hier S. 170.

¹⁴ Vgl. Álvarez: Desde las sombras. S. 133-168. In diesen zwei Kapiteln aus dem Buch von Álvarez wird das Schicksal der einzelnen Mitglieder der Untergrundführungen beschrieben und die Probleme, die sich daraufhin für die Partei ergaben, betrachtet.

¹⁵ PCCh: Patriotas: ¡Solo unidos derrotaremos al fascismo! In: BE 20 (1976). S. 1-12. Hier S. 1. Übers.: „Nur gemeinsam werden wir den Faschismus besiegen.“

¹⁶ PCCh: Patriotas: ¡Solo unidos derrotaremos al fascismo! S. 5. Übers.: „[...] dazu beigetragen hat, dass sich Millionen Bauern und Arbeiter beider Geschlechter als chilenische Bürger fühlen konnten.“

keiten zwischen den beiden Lagern aufgezeigt und so die Annäherung an einen ehemaligen politischen Gegner auf nachvollziehbare Weise erklärt werden.

Das Bündnis zwischen der DC und den Parteien der UP wurde daraufhin als „[...] clave para una salida democrática [...]“¹⁷ angesehen. Ein Alleingang wäre auf Grund der Unterstützung des Regimes durch das Militär für beide Seiten nicht von Erfolg gekrönt gewesen und musste deswegen zu Gunsten eines gemeinsamen Vorgehens verhindert werden. Dafür schlug die PCCh drei Schritte vor, von denen jedoch nur der erste als unverzichtbar angesehen wurde:

1. Die Bildung einer antifaschistischen Union mit dem Ziel, die Diktatur abzuschaffen (direkt an die DC gerichtet).
2. Die Diskussion innerhalb dieser Union über die Charakteristika des zu erreichenden Systems nach dem Sturz der Diktatur.
3. Die Bildung einer Regierung bestehend aus allen antifaschistischen Kräften.¹⁸

In diesem Zusammenhang muss die Situation, in der die Stellungnahmen und Erklärungen verfasst und verbreitet wurden, beachtet werden. Vor allem bei den offiziellen Stellungnahmen der Partei ist nicht klar, wer an deren Entstehung beteiligt war, da kein Autor angegeben ist. In allen Dokumenten steht aber eine gemeinsame politische Linie der Partei und die sich daraus ableitende Strategie im Vordergrund. Die politische Linie lässt sich vor dem Plebiszit von 1980 nach Analyse der offiziellen Stellungnahmen der Partei in drei Maximen beschreiben, die in gegenseitiger Beeinflussung und Verbindung stehen. Zunächst wurde die Ablehnung (1) des Regimes auf Grund seiner Illegitimität und der Menschenrechtsverletzungen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene angenommen und vorausgesetzt. In einem zweiten damit verbundenen Schritt wurde von einem baldigen Ende des Regimes (2) und einer Rückkehr zur Demokratie ausgegangen.¹⁹ Als wichtigstes Element der politischen Linie und der Strategie der Partei diente die Idee einer antifaschistischen Union aller demokratischen Kräfte (3) unter Einbeziehung früherer politischer Gegner wie der DC, die den Sturz des Regimes vorantreiben und im Anschluss die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte.²⁰

¹⁷ Ebd., S. 10. Übers.: „[...] der Schlüssel für einen demokratischen Ausweg [...].“

¹⁸ Vgl. ebd., S. 10-12.

¹⁹ Siehe: PCCh: Manifiesto del Partido Comunista de Chile, mayo 1977. In: BE 24 (1977). S. 1-19.

Diese von der PCCh verfolgte Strategie der *unidad antifascista* (3) und der Charakterisierung des Regimes als vor-dem-Zusammenbruch-stehend (2) änderte sich auch im Angesicht der *Consulta Nacional* im Jahr 1978 zunächst nicht. Durch die *Consulta* (Volksbefragung) versuchte das Regime, die eigene Legitimität sicherzustellen und die Unterstützung durch die Bevölkerung im Rahmen einer scheindemokratischen Abstimmung zu beweisen. Diese wurde in einer Erklärung als ein plumper Betrug des Regimes ohne politischen Wert bezeichnet.²¹ Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit eines „[...] entendimiento de todas las fuerzas democráticas para derribar la tiranía“ herausgestellt und der baldige Sturz des Regimes durch diesen „entendimiento“²² als gesichert angesehen. Auch in anderen Erklärungen und Artikeln ist in den Monaten nach der *Consulta Nacional* trotz der scheindemokratischen Legitimation des Regimes von der kurz bevorstehenden Einigung zwischen den Oppositionskräften und dem damit besiegelten Ende des Regimes zu lesen.

Erste Reaktion auf das Plebiszit 1980: Bestärkung der politischen Linie

Diese optimistische Einstellung sollte sich auch im Rahmen der intensivierten Institutionalisierungsbestrebungen des Regimes, die mit dem Plebiszit von 1980 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen sollten, zunächst nicht von Grund auf ändern. Nachdem der *Consejo de Estado* Ende 1978 vom Regime damit beauftragt worden war, den Verfassungsentwurf der *Comisión Ortuzar*²³ zu überarbeiten, wurden zunächst die Strategieerklärungen der Partei um die verfassungsrechtliche Dimension erweitert.

Im Oktober 1978 verfasste der EDI, der durch die Einschleusung neuer Führungskräfte aus dem Exil, wie Gladys Marín, neu aufgebaut worden war, eine Erklärung, in der eine klare Stellung gegenüber den Versuchen des Regimes, eine Konstituierung des

²⁰ Vgl. Álvarez: Desde las sombras. S. 127, 128; Osvaldo Puccio, H.: La política del Partido Comunista de Chile. Elementos de su evolución y permanencia en el último período. In: Varas, Augusto u.a. (Hg.): El Partido Comunista en Chile. Una historia presente. Santiago de Chile 2010. S. 309-326. Hier S. 319.

²¹ Vgl. PCCh: Declaración sobre el Plebiscito-farsa. In: BE 28 (1978). S. 107-108. Hier S. 107.

²² Ebd., S. 108. Übers.: „[...] eine Verständigung aller demokratischen Kräfte, um die Tyrannei niederzureißen [...].“

²³ Die *Comisión Ortuzar* war vom Regime mit der Erstellung eines groben Verfassungsentwurfs beauftragt worden. Dieser Entwurf wurde daraufhin vom *Consejo de Estado* und von der *Junta Militar* überarbeitet und der Bevölkerung während des Plebiszits von 1980 zur Abstimmung präsentiert.

Systems zu erreichen, bezogen wurde. Der Verfassungsentwurf würde zwar demnach auf den ersten Blick eine Reihe an Menschen- und politischen Rechten benennen und ankündigen, jedoch im Endeffekt alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürgerschaft verneinen.²⁴ Die Verfassung wurde als Versuch interpretiert, den Faschismus zu institutionalisieren und das geplante Plebiszit zu seiner Annahme durch die Bevölkerung als Betrug an derselben gewertet.²⁵ Statt sich wie in vorherigen Erklärungen primär auf die Einheit und Zusammenarbeit der Opposition zu konzentrieren, wurde nun gefordert, dem Vorschlag des Regimes einen demokratischen Verfassungsentwurf entgegenzusetzen.²⁶ Als gemeinsame Grundlage für diesen Entwurf aller Oppositionskräfte wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorgeschlagen, denn der Schutz der Menschenrechte sollte das oberste Ziel der Verfassung sein.

Im weiteren Text wurden zusätzliche Ideen der Partei zu diesem Verfassungsentwurf ausgeführt. Dazu gehörten unter anderem die Verbindung von direkt- und repräsentativdemokratischen Institutionen zur besseren Kontrolle aller Staatsbehörden (vor allem des Militärs), die Zusammenlegung der Wahlen des Parlaments und des Präsidenten sowie die Sicherstellung von allgemeinen, freien und geheimen Wahlen.²⁷ Dieser Verfassungsentwurf sollte durch einen Dialog zwischen den Oppositionskräften erarbeitet und daraufhin durch eine konstitutionelle Versammlung bestätigt werden.²⁸ Diese Vorgehensweise stimmte mit der Strategie der anderen Oppositionskräfte überein. In diesem Zeitraum formierte sich beispielsweise die *Comisión de los 24*, die als Gegenspieler zu der vom Regime eingesetzten *Comisión Ortúzar* gebildet wurde. Sie bestand aus anerkannten Rechtsexperten und sollte einen Gegenentwurf zum Verfassungsvorschlag der *Comisión Ortúzar* erarbeiten.²⁹

Einen ersten Teilerfolg dieser Annäherungstaktik der PCCh an die DC wurde im „Informe al Pleno del Comité Central“ beschrieben, der während einer Versammlung des Zentralkomitees in Moskau 1979 vorgestellt wurde. Darin wurde von fast wöchentlich stattfindenden Treffen zwischen Anführern beider Parteien im Inneren des Landes berichtet, in denen unter anderem die Bildung eines gemeinsamen Verfassungskomitees erörtert worden war. Diese in der Theorie vorhandene Einigung konnte jedoch nicht in der Praxis umgesetzt werden und gestaltete sich komplizierter als gedacht.³⁰ Im Angesicht der voranschreitenden Institutionalisierungsbestrebungen des Pinochet-Regimes durch das geplante Plebiszit änderte sich darüber hinaus zum ersten Mal die in den Vorjahren herrschende optimistische Grundeinstellung von einem baldig erwarteten Ende der Diktatur. Stattdessen wurde der Partei allmählich bewusst, dass sich das Regime eine längere Zeit halten könnte.³¹

Diese sich herauskristallisierende und von der PCCh wahrgenommene Gefahr, dass das Regime seine Stellung durch das Plebiszit dauerhaft etablieren und stabilisieren könnte, störte die zweite Maxime der politischen Linie der Partei und führte zu einer ersten Anpassung der Oppositionsstrategie seitens der PCCh. Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien der UP und der restlichen Opposition – vorrangig der DC – war immer noch das erklärte Ziel der Kommunisten. Ebenso wie die Bildung einer provisorischen Regierung, bestehend aus allen demokratischen Kräften (UP, DC und auch demokratisch orientierte Teile des Militärs) als Übergangslösung bis zur Herausarbeitung einer neuen Verfassung durch eine demokratisch gewählte konstitutionelle Versammlung:

„La posición del Partido Comunista es, categóricamente, de unidad y lucha contra Pinochet y el fascismo. [...] La Unidad Popular propicia un Gobierno provisional, ampliamente representativo y democrático, integrado básicamente por la Unidad Popular y la Democracia Cristiana y, eventualmente también, por otros sectores, incluso militares.“³²

²⁴ Vgl. PCCh: El Partido Comunista de Chile plantea un gran debate en el País para elaborar una constitución democrática. In: Boletín del Exterior 32 (1978). S. 15-19. Hier S. 15.

²⁵ Vgl. ebd., S. 15.

²⁶ Vgl. ebd., S. 16.

²⁷ Vgl. ebd., S. 17-18.

²⁸ Dieselbe politische Linie wurde in einem weiteren Schreiben bestätigt und durch die typische Argumentationsstrategie der PCCh unterlegt. Siehe dazu: PCCh: La lucha de masas derribará la Dictadura ¡Chile sí, Pinochet no! In: Boletín del Exterior 33 (1979). S. 13-37.

²⁹ Vgl. Navarro, Arturo: Grupo de los 24. In: APSI actualidad nacional e internacional 59 (1979). S. 1-11. Hier S. 1-2, 11.

³⁰ Vgl. Álvarez: Desde las sombras. S. 197.

³¹ Vgl. ebd., S. 196.

³² PCCh: Manifiesto del Partido Comunista de Chile, mayo de 1979. In: BE 36 (1979). S. 3-11. Hier S. 8, 9. Übers.: „Die Position des PCCh ist die der Einheit und des Kampfes gegen Pinochet und den Faschismus. [...] Die UP unterstützt eine demokratische Übergangsregierung aller demokratischer Kräfte, hauptsächlich bestehend aus UP und DC, aber auch anderer Sektoren, wie dem Militär.“

Neu war allerdings die Bereitschaft der Kommunisten, zu Gunsten einer schnellen Überwindung des Pinochet-Regimes weitreichende Kompromisse für die Zeit nach der Diktatur einzugehen. Der Sturz Pinochets und eine Rückkehr zur Demokratie konnte nicht durchgesetzt werden, da bis zu diesem Zeitpunkt keine nennenswerte Einigung auf Parteiebene zwischen der UP – und damit auch der PCCh – und der DC erreicht worden war. Die PCCh sah es deshalb als ihre Aufgabe an, nicht nur über ihr Wunschsysteem (UP + DC) nachzudenken und dieses als einzige Lösung vorzuschlagen, sondern „[...] considerar las diversas alternativas de gobierno que puedan facilitar el más pronto fin de la dictadura.“³³ Dazu gehörte auch die Möglichkeit, eine Regierung ohne die Beteiligung der PCCh in Betracht zu ziehen und damit der DC die eigene Bereitschaft für die Einigung zwischen den Oppositionsparteien weiterhin deutlich zu machen.³⁴

Die sieben Jahre dauernde, ablehnende Haltung der DC, einem Bündnis mit der PCCh und der UP zuzustimmen, richtete sich vor allem gegen die PCCh selbst und ihrer starken Verbindung zur Sowjetunion.³⁵ Trotzdem hielt die Führung der PCCh auch als Reaktion auf das geplante Plebiszit zur Annahme der von Pinochet in Auftrag gegebenen Verfassung zunächst an dieser Strategie fest und kommunizierte sie weiterhin in öffentlichen Stellungnahmen und Interviews.³⁶ Eine gemeinsame Vorgehensweise der gesamten Opposition wurde von der Partei als alleiniger Ausweg angesehen, um das Plebiszit zu verhindern und die Überwindung der Diktatur zu erreichen. Dies wurde beispielsweise in folgendem Flugblatt (Abb. 1) zum Ausdruck gebracht. Darin wurde ganz Chile dazu aufgerufen, den Rücktritt Pinochets zu fordern. Mit Kampf und Einheit würde dieser nicht lange auf das Regime beharren können und zurücktreten müssen:

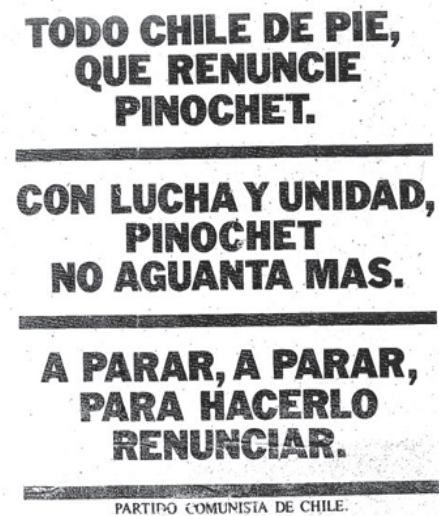


Abbildung 1: Flugblatt der Kommunistischen Partei Chiles. Plebiszit 1980. Quelle: Folleto Partido Comunista de Chile. Todo Chile de Pie, que renuncie Pinochet. Museo de la Memoria. Colección Batra Lidia. – CL MMDH 00000262-000006-000014.

In einem Interview mit Gladys Marín – zunächst in der mexikanischen Zeitschrift *El Día* am 23. März 1980 veröffentlicht – wurde die Bedeutung eines gemeinsamen Vorgehens der Opposition nach der terminlichen Festlegung des Plebiszits bekräftigt. „Nuestro Partido le ha propuesto a todos los partidos de oposición tener una respuesta común [Anmk.: al Plebiscito].“³⁷ Als Grundlage dieser Antwort diente die in der demokratischen Opposition allgemein verbreitete Auffassung des Plebiszits als Betrug an der Bevölkerung. Sowohl die PCCh als auch die DC kritisierten das Fehlen einer Wählerregistrierung, sowie von politischen Freiheiten und einer Konstitutionellen Versammlung.³⁸ Während die DC, zusammen mit den gemäßigten Oppositionskräften (z.B. die Kirche), für die Teilnahme am Plebiszit eintrat, warb die PCCh zunächst für eine aktive Ablehnung des Plebiszits und eine Mobilisierung der Bevölkerung. Um jedoch auch hier eine Einigung zwischen der gesam-

³³ Ebd. S. 9. Übers.: „[...] die diversen Regierungsalternativen, die ein schnelles Ende der Diktatur versprechen, in Betracht zu ziehen.“

³⁴ Vgl. Álvarez: *Desde las sombras*. S. 196-198.

³⁵ Beispielsweise wurde die Position des PCCh zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan durch die DC kritisiert. Vgl. N.N.: Entrevista a Gladys Marín, 23.03.1980. In: BE 41 (1980). S. 16-17.

³⁶ Vgl. PCCh: Nadie nos apartara del deber de luchar por la Unidad de todas las fuerzas antifascistas. In: *Boletín del Exterior* 39 (1980). S. 13-21; PCCh: Comunicado conjunto sobre la reunión de las Direcciones del Partido Comunista de Chile y del Partido Socialista de Chile. In: *Boletín del Exterior* 39 (1980). S. 92-95.

³⁷ N.N.: Entrevista a Gladys Marín. S. 6. Übers.: „Unsere Partei hat allen Oppositionsparteien vorgeschlagen eine gemeinsame Antwort [Anmk.: auf das Plebiszit] zu geben.“

³⁸ Vgl. ebd., S. 7; Gil, María Isabel: Chilenos ante el debate constitucional ¿Actores o espectadores? In: APSI 77 (1980). S. 2-3; Siehe dazu auch die Rede des ehemaligen christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Montalva bei der einzig erlaubten Oppositionsveranstaltung im Teatro Caupolicán: Frei Montalva, Eduardo: Discurso pronunciado en el Teatro Caupolicán con motivo del plebiscito, el 27 de agosto de 1980. In: Arancibia, Patricia/Gazmuri, Cristian/Gongora, Alvaro (Hg.): Eduardo Frei Montalva (1911-1982). Santiago de Chile 1996. S. 502-520.

ten Opposition zu erreichen, änderte die PCCh nach der Bekanntgabe des Termins für das Plebiszit seine Strategie und rief zur Wahl und zur Ablehnung der Verfassung auf. Die Unterstützung des *NO* wurde in dieser Situation als beste Möglichkeit angesehen, den gemeinsamen Willen der Opposition zur Rückkehr zur Demokratie zu bezeugen:

„La fórmula unitaria que expresa con mayor fuerza el repudio al régimen en este instante es el no. El Partido Comunista llama a todos los chilenos a votar no el día del plebiscito.“³⁹

Angesichts der Institutionalisierung des Regimes versuchte die PCCh zunächst an der seit dem Militärputsch erarbeiteten Strategie festzuhalten. Um das vorrangige Ziel und dem wichtigsten Bestandteil derselben, nämlich die Bildung einer antifaschistischen Union, zu erreichen, sollten weitreichende Zugeständnisse die Annäherung an die DC fortführen. Aus Sicht der PCCh würde die nun doch beschlossene Teilnahme am Plebiszit, die von der restlichen Opposition geteilt wurde, als Startpunkt einer Verständigung zwischen der gemäßigten Gruppierung um die DC sowie des linken Lagers dienen. In einem ähnlichen Licht ist auch der Vorschlag einer Übergangsregierung, ohne eine Beteiligung der PCCh, zu sehen.

Erweiterung oder Wandel der politischen Linie?

Nur einige Tage vor der Abhaltung des Plebiszits am 11. September 1980 bezog der Generalsekretär der PCCh, Luis Corvalán, in einer in Chile zu empfangenden Radioansprache zum zehnjährigen Sieg der UP bei der Präsidentschaftswahl 1970 erneut Stellung zum Plebiszit und erörterte die Strategie der Kommunistischen Partei. Corvalán bekräftigte bei dieser Ansprache die bereits vorgestellte politische Linie der Partei und ihre Position dem Plebiszit gegenüber. Der Versuch des Regimes, sich durch die Verfassung rechtlich und politisch zu legitimieren und sich gleichzeitig für mindestens weitere acht (bzw. 16) Jahre an der Macht bestätigen zu lassen, wurde genauso kritisiert, wie das Fehlen politischer und sozialer Rechte in der Verfassung.⁴⁰

Es wurde ein weiteres Mal darauf verwiesen, dass die gesamte Opposition das Plebiszit – bedingt durch das

Fehlen grundlegender demokratischer Elemente – ablehnte und einen sofortigen Übergang zur Demokratie forderte. Dem Plebiszit wurde darüber hinaus jegliche juristische sowie moralische Gültigkeit abgesprochen. Wie bereits in den Jahren vor dem Plebiszit sollte der Sturz des Regimes durch die Zusammenarbeit und die Durchführung gemeinsamer Aktionen der Opposition erreicht werden.

Während aber in vorherigen Stellungnahmen und Erklärungen von Demonstrationen, Streiks und einer gesteigerten Massenmobilisierung der Bevölkerung die Rede gewesen war, erweiterte Corvalán dies in seiner Rede auf andere Maßnahmen. Die Bevölkerung hätte auf Grund der Handlungen des Regimes, z.B. durch das Plebiszit und der damit einhergehenden Institutionalisierung, keine andere Möglichkeit, als alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um eine Überwindung der Diktatur zu erreichen.

„Es el fascismo el que crea una situación frente a la cual el pueblo no tendrá otro camino que recurrir a todos los medios a su alcance, a todas las formas de combate que lo ayuden, incluso a la violencia aguda, para defender al pan, la libertad y a la vida.“⁴¹

Durch die Erweiterung der Widerstandsmaßnahmen auf „todas las formas de combate“ schloss Corvalán, und damit die Parteiführung, auch den bewaffneten Widerstand, der bis zu diesem Zeitpunkt abgelehnt worden war, nicht länger aus. Dies bedeutete eine wichtige Änderung in der politischen Linie der Partei. Bisher hatte sie – auf Grundlage eines seit 40 Jahren gültigen Leitsatzes – den friedlichen Widerstand und eine demokratische Lösung bzw. die Nutzung aller legalen Mittel gegen das Regime einem bewaffneten Kampf vorgezogen und auch im Rahmen des Plebiszits der gemäßigteren Opposition immer wieder Zugeständnisse gemacht. Diese friedliche Vorgehensweise war z.B. in der Kritik an der radikalen MIR (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria*)⁴² deutlich geworden. Diese hatte schon während der Regierung Allendes radikalere Positionen eingenommen und sich nach dem Putsch für den bewaffneten Kampf geöffnet. Die PCCh hatte die MIR beschuldigt, durch ihre Politik die Bestrebungen der antifaschistischen Kräfte gestört und behindert zu haben. In einem Artikel des PCCh aus dem Jahr 1977 mit dem Titel „El ultraizquierdismo caballo de Troya del imperialismo“ wurde diese uneinsichtige Haltung der MIR

³⁹ PCCh: ¡Fuera Pinochet! ¡Democracia Ahora! Declaración del Partido Comunista de Chile, agosto 1980. In: BE 44 (1980). S. 10-11. Hier S. 11. Übers.: „Die beste Art die Ablehnung des Regimes auszudrücken ist zurzeit das Nein. Der PCCh ruft alle Chilenen dazu auf, am Tag des Plebiszits mit Nein zu stimmen.“

⁴⁰ Corvalán, Luis: A 10 años de la Revolución Chilena. 03.09.1980, Moscu. In: BE 44 (1980). S. 12-18. Hier S. 12.

⁴¹ Ebd., S. 16. Übers.: „Es ist der Faschismus, der eine Situation erschafft, auf die das Volk nur durch den Rückgriff auf alle in seiner Macht stehenden Mittel, auf alle Kampfformen, die helfen, sogar der Gewalt, reagieren kann, um sein Brot, seine Freiheit und sein Leben zu schützen.“

⁴² Übers.: Bewegung der revolutionären Linken.

und die Anwendung von Gewalt für die Niederlage der Regierung Allendes verantwortlich gemacht.⁴³

Die Nutzung aller Formen des Widerstandes, die durch die Führung der PCCh kurz vor der Institutionalisierung des Pinochet-Regimes der Partei und der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde und in den folgenden Jahren als „Política de Rebelión Popular de Masas“⁴⁴ (PRPM) bekannt wurde, sollte aus Sicht der Parteiführung aber nicht als vollkommene Abkehr von der friedlichen und auf die Bildung einer *unidad antifascista* zielenden Vorgehensweise in den sieben Jahren zuvor verstanden werden. In den Monaten nach dem Plebiszit wurde in einem Großteil der Stellungnahmen der Partei und in verschiedenen Beiträgen ihres Generalsekretärs auf diesen Wandel Bezug genommen und versucht, diesen genauer zu erläutern und zu rechtfertigen.

Am 23. September 1980, also nur wenige Wochen nach dem Sieg Pinochets bei der „farsa plebiscitaria“⁴⁵, veröffentlichte die Kommunistische Partei in Chile eine Stellungnahme, in der sie die Arbeit der Opposition im Angesicht des Plebiszits lobte und die erreichte Einheit in der Ablehnung desselben durch einen großen Teil der gesellschaftlichen Kräfte hervorhob. Der Ablauf des Plebiszits, der dem Regime eine gewisse demokratische Legitimation gab und mit dem Sieg Pinochets geendet hatte, wurde dennoch als Erfolg der Opposition verstanden und sollte zur Weiterarbeit motivieren. Die im Angesicht des Plebiszits demonstrierte Einheit hätte – aus Sicht der PCCh – der Bevölkerung eine Alternative zum Pinochet-Regime und den Weg zurück zur Demokratie aufgezeigt.

„Estamos convencidos que el NO fue en verdad mayoritario en la conciencia de los chilenos. [...] El pueblo saludó con fervorosa esperanza la gran convergencia política y social que se produjo en esta batalla y vio en ella una real alternativa democrática hacia la cual deben apuntar los esfuerzos.“⁴⁶

⁴³ Vgl. Enriquez, Edgardo: Respuesta de Edgardo Enriquez, miembro de la Comisión Política del MIR, a Orlando Millas' dirigente del Partido Comunista de Chile. In: MIR, dos años en la lucha de la resistencia popular del pueblo chileno. Madrid 1976. S. 354-356.

⁴⁴ Rojas Nuñez: De la Rebelión Popular a la sublevación imaginada: antecedentes de la historia política militar del Partido Comunista de Chile y del FPMR 1973-1990. Santiago de Chile 2011. S. 186.

⁴⁵ Vgl. N.N.: Entrevista a Raimundo Aliaga, Miembro de la Comisión Política del Partido Comunista de Chile. In: BE 44 (1980). S. 8-12. Hier S. 8-9. Übers.: „[...] plebiszitärem Betrugs [...]“

⁴⁶ PCCh: Declaración del Partido Comunista de Chile. Santiago, 25.09.1980. In: BE 44 (1980). S. 13-16. Hier S. 13, 15. Übers.: „Wir sind davon überzeugt, dass das Nein im Bewusstsein der Chilenen die Mehrheit darstellt. [...] Das Volk hat mit Hoff-

Trotz dieses proklamierten Teilerfolges wurde die nun verfassungsrechtliche Stabilisierung des Regimes als ein Hindernis für die Bemühungen der Bevölkerung empfunden, das Regime zu überwinden und das Ziel einer Demokratie zu erreichen. „Las puertas se cierran para el pueblo y este deberá derribarlas en su marcha hacia la democracia.“⁴⁷ Um die sich schließenden Türen zu öffnen und trotz der Institutionalisierung des Regimes sein baldiges Ende zu erreichen, wurde deshalb die Nutzung aller Widerstandsformen, auch Gewaltanwendung, notwendig. Gleichzeitig sollte weiterhin die Verständigung zwischen allen demokratischen Kräften gesucht werden, um der Bevölkerung eine Alternative zum Regime zu bieten und die Rückkehr zur Demokratie näher zu bringen.⁴⁸

In einer Rede am 16. November ging Corvalán selbst auf den von ihm initiierten Wandel ein. Er beschrieb die Entscheidung, alle Widerstandsformen zu nutzen, nicht als eine radikale Strategieänderung, die als Bruch mit der Tradition der Partei anzusehen war, sondern vielmehr als eine Erweiterung bzw. Weiterführung der politischen Linie der Partei.⁴⁹ Diese sei nicht aus einer Laune heraus getroffen worden, sondern sei eine direkte Reaktion auf die „acciones y planes del enemigo“⁵⁰. Die Nutzung aller Widerstandsformen inklusive Gewalt sollte nicht die Suche nach einer friedlichen Lösung ersetzen, sondern nur die Mittel erweitern. Vorrangiges Ziel war es immer noch, das Regime in Kooperation mit den restlichen demokratischen Kräften zu stürzen und ein demokratisches System aufzubauen.

„En esta nueva etapa que se inicia en los combates de nuestro pueblo se requiere, más que nunca, de la unidad de todas las fuerzas democráticas y de la más decidida y amplia solidaridad internacional.“⁵¹

nung die politische und soziale Übereinstimmung begrüßt und hat in ihr eine demokratische Alternative gesehen [...].“

⁴⁷ Ebd., S. 15. Übers.: „Die Tore für das Volk schließen sich. Das Volk wird sie auf dem Weg zur Demokratie niederreißen müssen.“

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 16.

⁴⁹ Vgl. Moulián, Tomás/Torres D., Isabel: ¿Continuidad o cambio en la Línea Política del Partido Comunista de Chile? In: Riquelme, Alfredo/Varas, Augusto/Casals, Marcelo: El Partido Comunista en Chile. Una historia presente. Santiago de Chile 2010. S. 291-308. Hier S. 302.

⁵⁰ Corvalán, Luis: Avanzar por el camino de la unidad y de la lucha dominando las mas diversas formas de combate. Stockholm 16.11.1980. In: BE 45 (1981). S. 1-14. Hier S. 2. Übers.: „[...] Aktionen und Pläne des Feindes [...]“

⁵¹ Ebd., S. 8. Übers.: „In diesem neuen Abschnitt, der im Kampf unseres Volkes beginnt, benötigen wir mehr als sonst eine Einheit aller demokratischen Kräfte und eine entschlossene und breite internationale Solidarität.“

Die PCCh hatte vor mehr als 40 Jahren den friedlichen Weg zur Leitlinie aller politischen Entscheidungen erklärt. Diese so genannte *via pacífica al socialismo* wurde – dem eigenen kommunizierten Verständnis nach – nicht aufgegeben, sondern sollte durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Hinzu kam, dass schon seit den 1940er Jahren innerparteilich unterschiedliche Fraktionen vorhanden waren, die eine aggressivere Vorgehensweise zur Erreichung des Sozialismus forderten. Unter diesen Aspekten erscheint die Erklärung der neuen Strategie als Erweiterung und Fortführung der politischen Linie der Partei durchaus gerechtfertigt.⁵²

Bei genauerer Betrachtung wird aber eine Unvereinbarkeit dieser beiden Grundlagen der Strategie – antifaschistische Union und bewaffneter Widerstand – deutlich und ihre Erklärung als bloße Erweiterung ist nicht nachvollziehbar. Die PCCh hatte es in knapp sieben Jahren der Pinochet-Herrschaft nicht geschafft, die DC – trotz der gemeinsamen Ablehnung des Regimes – zu einer Zusammenarbeit zu gewinnen. Diese hatte eine Kooperation mit Verweis auf die Radikalität der Endziele der PCCh und ihrer Verbindung zur Sowjetunion abgelehnt. Die Erweiterung der Strategie der Partei, die für den Sturz Pinochets von der Führung der Partei (EDI und Exil) als unumgänglich betrachtet wurde, stieß auf Seiten der gemäßigten Opposition dementsprechend auf eine starke Ablehnung. Die DC – Hauptadressat der Einheitsaufrufe der PCCh – kritisierte diese Haltung und nannte sie in der Folge als weiteren Grund für die Weigerung zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten.⁵³

Drei Gründe für den Strategiewandel

Die PCCh musste mit einer solchen Reaktion der gemäßigten Opposition auf eine solche Strategie rechnen. Warum aber wurde die Erweiterung der politischen Linie der Kommunistischen Partei trotzdem vorgenommen und dadurch eine Einigung mit der gemäßigten Opposition erschwert? Zur Beantwortung dieser Frage müssen zunächst die vorgestellten drei Maximen der politischen Linie der PCCh betrachtet werden. Die internationale und nationale Ablehnung und Ächtung des Regimes und seiner Menschenrechtsverletzung (1) hatte sich als Grundlage aller weiteren Schritte in den Augen der PCCh

nicht verändert. Problematischer war jedoch der Kontext der weiteren Maximen.

Nachdem sieben Jahre lang von einem baldigen Ende der Diktatur (2) gesprochen und geschrieben worden war, machte der kurz bevorstehende Versuch des Regimes, die eigene Herrschaft durch eine Verfassung zu festigen und die damit verbundene Gefahr einer Verlängerung der Amtszeit Pinochets bis mindestens 1989 deutlich, dass durch die bis zu diesem Zeitpunkt verfolgte politische Linie die Rückkehr zur Demokratie nicht erreicht werden konnte und auch nicht näher gerückt war.⁵⁴ Der Sieg des Regimes beim Plebiszit und die damit einhergehende Institutionalisierung der Militärdiktatur verstärkten rückwirkend diese Ansicht.⁵⁵ Als Beleg für diese Erkenntnis der PCCh kann der Vorschlag dienen, eine Übergangsregierung ohne Beteiligung der PCCh zu bilden. Das symbolische Bild, der sich für eine demokratische Lösung schließenden Tür wurde in den Monaten nach Abhaltung des Plebiszits in mehreren Stellungnahmen wiederholt: „[...] el tirano ha cerrado las puertas a toda expresión democrática.“⁵⁶

Die durch das Plebiszit geschaffene Situation machte es aus Sicht der Kommunisten unerlässlich, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, und legitimierte damit auch die Nutzung von Gewalt, im Kampf gegen das Regime.⁵⁷ Somit kann das Plebiszit von 1980 als einer der Hauptgründe für die radikale Erweiterung der politischen Linie angesehen werden:

„Los resultados del fraudulento plebiscito [...] han hecho evidente, de modo cualitativo, en el seno de las fuerzas democráticas de la nación, la imposibilidad de que ellas puedan avanzar sin el empleo de formas agudas de violencia hacia la democracia e Chile. De aquí que la Dirección de nuestro Partido ha planteado [...] la necesidad de incorporar todas las formas necesarias de lucha de las masas para el derrocamiento de Pinochet.“⁵⁸

⁵⁴ Vgl. Álvarez: Desde las sombras. S. 221.

⁵⁵ Vgl. Vanegas Valdebonito, Hernán: Trayectoria del Partido Comunista de Chile. De la crisis de la Unidad Popular a la Política de Rebelión Popular de Masas. In: Revista Universum 24, 2 (2009). S. 262-293. Hier S. 262.

⁵⁶ PCCh: Declaración del Partido Comunista de Chile. Santiago, marzo 1981. In: BE 47 (1981). S. 12-16. Hier S. 13. Übers.: „[...] der Tyrann hat die Türen zum demokratischen Ausdruck geschlossen.“

⁵⁷ Vgl. PCCh: Al Pueblo de Chile. In: BE 50 (1981). S. 97.

⁵⁸ González, Camilo: Lo militar en la política del Partido. In: Principios, 60 años de lucha (1985). S. 23-24. Übers.: „Die Ergebnisse des betrügerischen Plebiszits [...] haben den demokratischen Kräften die Unmöglichkeit eines Fortschritts auf dem Weg zur Demokratie Chiles, ohne den Einsatz von akuter Gewalt, aufgezeigt. Aus diesem Grund hat die Führung unse-

⁵² Siehe Moulián/Tórres D.: ¿Continuidad o cambio en la Línea Política del Partido Comunista de Chile?; Riquelme Segovia: Rojo atardecer.

⁵³ Vgl. Gil: Chilenos ante el debate constitucional ¿Actores o espectadores? S. 2-3.

Ein weiterer Grund für die Entscheidung, alle Formen des Widerstandes gegen das Pinochet-Regime in Betracht zu ziehen, hatte auch mit der hartnäckigen Weigerung der DC zu tun, sich auf ein – wenn auch zeitlich begrenztes – Bündnis mit den Parteien der UP einzulassen. Wie beschrieben, hatte die PCCh seit dem Putsch versucht, eine gesellschaftlich möglichst breit aufgestellte antifaschistische Union (3) gegen die Militärdiktatur aufzubauen und die DC – als Anführerin der gemäßigten Opposition – spielte in diesen Überlegungen eine wichtige Rolle. Die vielen aufgezeigten Annäherungen der Kommunisten bestätigten diese Annahme. Statt jedoch eine parteienübergreifende Einheit der Opposition zu erreichen, weigerte sich die DC mit Verweis auf die Verbindung der PCCh zur Sowjetunion (z.B. durch die Exilführung in Moskau) und das kommunistische Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, eine offiziell von der Partei getragene Zusammenarbeit zuzulassen.⁵⁹ Dennoch wurde das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen antifaschistischen Union von den Kommunisten nicht aufgegeben. Während die DC „sigue creyendo en que todavía puede haber una solución pacífica sobre la base de un acuerdo con las fuerzas armadas“⁶⁰, hielt die PCCh dies für sehr unwahrscheinlich. Trotzdem würde sich die PCCh einer solchen Lösung nicht verschließen. Gleichzeitig forderte Corvalán in seiner Rede, dass alle demokratischen Kräfte die Nutzung von Gewalt nicht aus Prinzip ablehnen dürften. Trotz dieses Erklärungsversuches kritisierte die DC in der Folge die PCCh für ihren Standpunkt und weigerte sich umso entschiedener, eine Zusammenarbeit anzustreben.

Die veränderte Situation und das Fernbleiben erkennbarer Fortschritte in der Beziehung der beiden Parteien – trotz der Zugeständnisse (z.B. Übergangsregierung ohne Beteiligung der PCCh) – machte es für die PCCh notwendig, andere Möglichkeiten des Widerstandes aufzunehmen und eine erschwerte Kooperation mit den gemäßigten Oppositionsparteien in Kauf zu nehmen:

„Las ilusiones y esperanzas que algunos han abrigado en el sentido de que la libertad podría reconquistarse gradual y gratuitamente, no han conducido a nada positivo. [...] En cuanto a las formas de combate, se han creado condiciones nuevas y se ha hecho necesario ir más allá.“⁶¹

rer Partei beschlossen, alle für einen Sturz Pinochets nötigen Formen des Kampfes aufzunehmen.“

⁵⁹ Vgl. Riquelme Segovia: Rojo atardecer. S. 124.

⁶⁰ Corvalán: Avanzar por el camino de la unidad. S. 6.

⁶¹ PCCh: Lucha Antifascista. In: BE 49 (1981). S. 4-43. Hier S. 17-23. Übers.: „Die Hoffnungen, die einige gehabt hatten,

Die Grundlage der Maximen (2) und (3) hatte sich nach dem Plebiszit verändert und dadurch einen Wandel der Strategie der PCCh nötig gemacht. Hinzu kamen aber darüber hinaus noch weitere interne und externe Gründe. Neben der Ablehnung einer *unidad antifascista* und der Zusammenarbeit seitens der DC kam 1979 eine Krise innerhalb der UP hinzu. Eine starke UP und ein gemeinsames Vorgehen der darin vertretenen Parteien war seit dem Militärputsch von der PCCh als Grundlage für einen erfolgreichen Kampf gegen das Regime und das Erreichen eines Bündnisses mit den restlichen Oppositionsparteien angesehen worden. In vielen der Stellungnahmen der PCCh wurde beispielsweise von einem „entendimiento entre la Unidad Popular y la Democracia Cristiana“⁶² gesprochen und nicht nur zwischen PCCh und DC. Während aber die PCCh trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen dem EDI und der Exilführung nie der Gefahr einer Spaltung ausgesetzt war, erlitt die Sozialistische Partei (PS) im Jahr 1979 eine solche. Die daraus entstehenden PS-Nuñez (auch PS-*Renovado*) und PS-Almeyda (auch PS-*Histórico*) besaßen unterschiedliche Auffassungen über die zukünftige Ausrichtung des chilenischen Sozialismus. Die PS-Nuñez entfernte sich von der UP und näherte sich an die DC an. Die PS-Almeyda hingegen blieb mit der PCCh und der UP verbunden.⁶³ Diese Spaltung schwächte die UP jedoch erheblich und erschwerte es der PCCh, eine *unidad antifascista* der gesamten Opposition zu erreichen. Zu den Parteien, die sich bisher geweigert hatten, mit der UP zusammenzuarbeiten, gesellte sich zur DC nun auch noch die PS-Nuñez hinzu. Die Gefahr eines möglichen Paktes zwischen der PS-Nuñez und der DC, der tatsächlich 1983 entstand, und der damit einhergehenden Isolation der PCCh, machte es für letztere nötig, andere Kräfte zu mobilisieren.⁶⁴

Bei der Analyse dieser Entscheidung, die Strategie um den bewaffneten Aspekt zu erweitern, muss auch die parteiinterne Situation der Kommunistischen Partei bis zum Plebiszit beachtet werden. Die seit dem Putsch ausgeübte Verfolgung durch das Regime hatte die Partei zwar nicht zerstört, das tägliche Parteileben aber empfindlich getroffen. Treffen von Par-

das die Freiheit schrittweise erreicht werden könnte, haben zu nichts geführt. [...] In Bezug auf die Formen des Kampfes hat sich eine neue Situation herausgebildet und man muss darüber hinaus gehen.“

⁶² PCCh: Patriotas: ¡Solo unidos derrotaremos al Fascismo! S. 10.

⁶³ Vgl. Wehr, Ingrid: Zwischen Pinochet und Perestroika. Die chilenischen Kommunisten und Sozialisten. 1973-1994. Freiburg 1996. S. 176-86.

⁶⁴ Vgl. Moulián/Tórres D.: ¿Continuidad o cambio? S. 305.

teimitgliedern mussten im Geheimen durchgeführt und sorgfältig geplant werden.⁶⁵ Dazu kam die Verhaftung und Ermordung zahlreicher Mitglieder und Führungskräfte der Partei. Luis Corvalán beispielsweise gelangte erst durch einen Gefangenenaustausch zwischen der Sowjetunion und Chile 1976 nach Moskau. Es erscheint deshalb logisch, in diesem schwierigen und instabilen Zeitraum zunächst die Politik des friedlichen Widerstandes und der Bildung gesellschaftlicher Fronten, die in den Jahrzehnten zuvor zum Merkmal der PCCh geworden war, weiterzuverfolgen und auf alle gesellschaftlichen Kräfte auszuweiten.

Mit der Einschleusung neuer Führungskräfte nach Chile im Jahr 1978 zur Bildung einer neuen Untergrundführung begann im Inneren der Partei jedoch eine Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der Partei. Die EDI, die nun von der früheren Leiterin der Kommunistischen Jugend, Gladys Marín, geführt wurde, befürwortete – beeinflusst durch die anhaltende Verfolgung und Unterdrückung, der fehlenden Fortschritte in der Zusammenarbeit mit der gemäßigten Opposition und Überlegungen aus Arbeitsgruppen exilierter Chilenen – eine radikalere Vorgehensweise, während die Exilführung gemäßigte Positionen bezog.⁶⁶ In der schon genannten Rede von Corvalán in Stockholm nach der Abhaltung des Plebiszits 1980, in der er die neue Linie der Partei zu erklären versuchte, ging dieser, noch bevor er die Erweiterung der Strategie analysierte, auf die veränderte Zusammensetzung der Parteiführung ein, welche auch Auswirkungen auf die Partei gehabt hätte. Die neuen Mitglieder der Führung hätten sich in den letzten Jahren in ihrem Kampf mit dem Regime ausgezeichnet und würden demnach wertvolle Erfahrungen für die Festlegung der politischen Ausrichtung der Partei mitbringen.

„Hoy forman parte de el [Anmk. Comité Central] varios de los más capaces y valerosos nuevos combatientes que en los últimos años se han destacado en la lucha contra la tiranía. [...] El partido asimila creadoramente la experiencia de los años de la revolución y del período de contrarrevolución y va superando los errores e insuficiencias.“⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Álvarez: Desde las sombras. S. 125-130.

⁶⁶ In ihrem Buch über den PS und PC in Chile geht Ingrid Wehr auf diese Auseinandersetzung ein. Diese wurde intern geregelt und nicht nach außen kommuniziert. Zu allen Zeiten demonstrierte die Führung (EDI und Exilführung) innere Geschlossenheit. Wehr: Zwischen Pinochet und Perestroika. S. 105-140.

⁶⁷ Corvalán: Avanzar por el camino de la unidad. S. 5. Übers: „Heute sind einige der fähigsten und wichtigsten neuen Kämpfer, die sich in den letzten Jahren im Kampf gegen die Diktatur hervorgetan haben [Anmk. Teil des Zentralkomitees] [...] Die Partei nimmt die Erfahrungen der Revolutions- und

Diese interne Diskussion war dabei auch durch die internationale Situation und den Erfolgen in anderen diktatorisch regierten Ländern, wie beispielsweise Nicaragua, beeinflusst. Nach zwei Jahren des bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur Somozas hatten in Nicaragua die Sandinisten im Jahr 1979 das Regime besiegt. In den vielen erfolgten Erklärungen der neuen politischen Linie der Partei nach dem Plebiszit von 1980 wurde oft auf die Nicaraguanische Revolution und ihren Erfolg im bewaffneten Kampf hingewiesen:

„El ascenso de las luchas de liberación en el mundo capitalista, en especial los ejemplos de Nicaragua y El Salvador en América Latina, dan más fe y esperanza al pueblo chileno.“⁶⁸

Zwar wurde, auf Grund unterschiedlicher Voraussetzungen, von der Führung der PCCh in Chile keine Nachahmung der Entwicklungen in Nicaragua angestrebt, der Erfolg in Nicaragua wurde aber trotzdem als positives Beispiel eines revolutionären Kampfes präsentiert und als Vorbild gesehen.⁶⁹

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit untersuchte die politische Linie der PCCh vor dem historischen Hintergrund des Plebiszits von 1980, durch den über eine neue Verfassung und die Institutionalisierung des Regimes abgestimmt wurde. Die PCCh, die sich im Vorfeld des Plebiszits mit der Rolle als Untergrundpartei konfrontiert sah, ordnete ihre politische Strategie dem Langzeitziel der Überwindung der Herrschaft Pinochets unter. Zunächst hatte sich die Partei nach dem Sturz der Regierung Salvador Allendes dazu entschlossen, die Strategie, die schon in den früheren Phasen des Untergrunddaseins erfolgreich gewesen war, fortzuführen. Dabei war diese politische Linie von drei Maximen geprägt. Zunächst wurde von einer breiten nationalen und internationalen Ablehnung der Militärdiktatur ausgegangen. Eng verbunden mit dieser Ablehnung war der Glaube an ein bal-

Konterrevolutionsjahre [Anmk. 1970-1980] auf und überwindet so die Fehler und Unzulänglichkeiten.“ Siehe dazu auch: Ders.: De lo vivido y lo peleado. Memoria. Santiago de Chile 1999. S. 255-258.

⁶⁸ PCCh: Declaración del Partido Comunista, marzo 1981. S. 15-16. Übers: „Der Anstieg der Freiheitskämpfe in der kapitalistischen Welt, und vor allem die Beispiele Lateinamerikas in Nicaragua und El Salvador, geben dem chilenischem Volk Hoffnung.“

⁶⁹ Vgl. Wehr: Zwischen Pinochet und Perestroika. S. 87-88, 100; Corvalán, Luis: La revolución nicaraguense. In: BE 43 (1980). S. 1-2; Teitelboim, Volodia: Nicaragua libre representa la causa de América Latina. In: BE 39 (1979). S. 72-86.

diges Ende des Regimes. Wichtigstes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, und dritte Maxime der politischen Linie, war der Aufbau einer breiten antifaschistischen Union. Als Übergangslösung sollte daraufhin eine Regierung, bestehend aus allen demokratischen Kräften, gebildet werden, um die Rückkehr zur Demokratie einzuleiten. In diesen Überlegungen versuchte die PCCh stets auch frühere Gegner, wie die DC, in die Bildung der Front einzubeziehen.

Als das Regime ab 1978 die Pläne für die Institutionalisierung seiner Herrschaft mittels einer Verfassung umsetzen wollte, änderte sich diese Einstellung jedoch. Der Optimismus in Bezug auf ein baldiges Ende der Diktatur wich der Erkenntnis, dass das Regime noch lange durch das Militär aufrechterhalten werden könnte. Angesichts des geplanten Plebiszits 1980 zur Annahme der Verfassung begann die Kommunistische Partei, ihre politische Linie und Strategie zur Überwindung der Diktatur zu verändern und weitreichende Kompromisse einzugehen. Da aus Sicht der PCCh nur durch ein Bündnis aller demokratischen Kräfte ein Sturz Pinochets möglich war und die gemäßigten Parteien mit Verweis auf die marxistische und sozialistische Ideologie der linken Parteien eine Zusammenarbeit ablehnten, verzichtete die PCCh in ihren Überlegungen auf eine gesamtgesellschaftliche Übergangsregierung. Stattdessen gab sich die PCCh, wie anhand des Berichts an das Plenum von 1979 aufgezeigt, mit einer Regierung ohne eigene Beteiligung zufrieden, solange dadurch das Pinochet-Regime überwunden werden konnte. Dieser Kompromiss wurde in den Stellungnahmen schrittweise vorbereitet und durch Verweise auf die gute Regierungsarbeit der DC in den 1960er Jahren sollten sowohl die eigenen Anhänger als auch die restlichen Parteien von diesem überzeugt werden.

Auch während des Plebiszits ging die PCCh zunächst auf die gemäßigten Parteien zu. Grundsätzlich sollte das Plebiszit von 1980 boykottiert werden, um die Bevölkerung auf dessen scheindemokratischen Charakter aufmerksam zu machen. Als jedoch das Plebiszit näher rückte und die Chance geringer wurde, eine gemeinsame Ablehnung des Plebiszits durch die gesamte Opposition zu erreichen, änderte sich erneut die Vorgehensweise seitens der PCCh und es wurde die Beteiligung am Plebiszit beschlossen.

In diesem Zusammenhang kam es auch zur wichtigsten Änderung in der politischen Linie der PCCh. Diese hatte bis zum Plebiszit am 11. September 1980 versucht, auf friedlichem Weg eine Rückkehr zur Demokratie zu erreichen. Da dieses Vorgehen jedoch nicht von Erfolg gekrönt war, entschied die Führung

der Kommunistischen Partei, die bisherige Strategie um alle Formen des Widerstandes zu erweitern. Dies schloss auch den bewaffneten Kampf zur Überwindung der Diktatur ein.

Diese Veränderung in der politischen Linie war durch mehrere Faktoren beeinflusst. Die Abhaltung des Plebiszits und die Annahme der Verfassung ist dabei, auch wegen der Bekanntgabe der PRPM nur wenige Tage vor der Durchführung des Plebiszits und der Metapher der sich schließenden Tür, als ursächlicher Grund zu identifizieren. Ausschlaggebend war aber auch die hartnäckige Weigerung der DC, sich an einem Bündnis mit den linken Parteien der UP zu beteiligen, sowie die Existenz neuer Führungskräfte innerhalb der Partei, die sich in der Untergrundarbeit ausgezeichnet hatten und eine radikalere Vorgehensweise befürworteten.⁷⁰ Darüber hinaus spielten die erfolgreichen Revolutionen in Nicaragua und El Salvador eine Rolle, die als positive Beispiele eines bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur angeführt wurden. Gleichzeitig muss betont werden, dass die Führung der Kommunistischen Partei die potenzielle Gewaltanwendung nicht als Veränderung zur traditionellen Linie verstanden wissen wollte. Stattdessen wurde diese als Erweiterung der bereits vorhandenen Mittel präsentiert, um sich nicht der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den gemäßigten Parteien zu berauben.

Dieser Versuch einer zweigleisigen Strategie erscheint im Hinblick auf die jahrelange Weigerung der DC, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, naiv. Eine Kooperation mit der DC und den restlichen gemäßigten Kräften, die seit dem Militärputsch die Grundlage der kommunistischen Strategie gewesen war, wurde offiziell weiterhin als Ziel der PCCh kommuniziert. Der Fokus der Bemühungen verschob sich allerdings, denn im Mittelpunkt stand nun die Mobilisierung der diktaturmüden Bevölkerung mit Hilfe aller Formen des Widerstands. Diese Entscheidung führte in den restlichen Jahren der Pinochet-Diktatur zu einer allmählichen Isolation der PCCh. Der von den Kommunisten angestrebte Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte wurde erst 1987 – unter Ausschluss der PCCh – erreicht und führte zum Ende der Diktatur und zu einem Verlust der Stellung der PCCh als Anführerin der demokratischen Linken. Erst 2013 kehrte die PCCh nach 40-jähriger Abstinenz als kleiner Partner im Wahlbündnis *Nueva Mayoría* unter der Führung der Sozialistin Michelle Bachelet an die Regierung zurück.

⁷⁰ Vgl. Corvalán: Avanzar por el camino de la unidad. S. 5; Siehe dazu auch: Ders.: De lo vivido y lo peleado. S. 255-258.